



Zuverlässig, engagiert, und kompetent...

... so vertritt das Europabüro der bayerischen Kommunen seit 25 Jahren die Interessen der Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke in Brüssel

Christiane Thömmes, Leiterin des Europabüros der Bayerischen Kommunen, Brüssel

Das Europabüro der Bayerischen Kommunen (Europabüro) befindet sich im Herzen des Brüsseler Europaviertels in unmittelbarer Nähe zu den Institutionen der Europäischen Union. Zwei Referenten und zwei Assistentinnen, die zusätzlich von Praktikanten und Referendaren unterstützt werden, setzen sich in Brüssel erfolgreich für die bayerischen Kommunen und ihre Verbände ein. Sie informieren aktuell und zeitnah über neueste EU-Entwicklungen sowie bevorstehende Veränderungen.

Als Antwort auf die zunehmende kommunale Betroffenheit durch Europapolitik und -recht gründeten die bayerischen kommunalen Spitzenverbände (Bayerischer Städtetag, Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Landkreistag und Bayerischer Bezirkstag) und der Bayerische Kommunale Prüfungsverband im September 1991 ein gemeinsames Europabüro, das ein Jahr später seine Arbeit in Brüssel aufnahm. 1999 entschlossen sich die kommunalen Landes- und Spitzenverbände Baden-Württembergs und Sachsens, ebenfalls Vertretungen in Brüssel zu etablieren und schlossen sich in einer Bürogemeinschaft dem Europabüro an. Gegenwärtig vertreten damit in Brüssel insgesamt fünf Referenten und drei Assistentinnen die Interessen der bayerischen, baden-württembergischen und sächsi-

schen Kommunen und ihrer Verbände, also von nahezu 4000 Mitgliedsgemeinden, -städten, -landkreisen und -bezirken mit mehr als 27 Mio. Einwohnern. Seit 2003 arbeitet die Bürogemeinschaft in der Rue Guimard 7 mitten im EU-Viertel Brüssels.

Weites Tätigkeitsfeld

Ein Großteil der Entscheidungen, die auf EU-Ebene getroffen werden, beeinflussen kommunale Belange, so dass das Europabüro ein breites Tätigkeitsspektrum hat: Von Digitalisierungsfragen über Umwelt bis hin zum Wettbewerbsrecht: Europapolitik ist heute in vielen Bereichen auch Kommunalpolitik. Lange Zeit war die EU-Gesetzgebung ein Prozess von oben nach unten. Brüssel erließ Entscheidungen, die in den Kommunen umgesetzt werden mussten. Die

EU hat sich aber in der Präambel des EU-Vertrages von Maastricht zu mehr Bürgernähe verpflichtet und das bedingt zwangsläufig auch die stärkere Berücksichtigung kommunaler Belange. Mit dem Vertrag von Maastricht wurde 1993 das Subsidiaritätsprinzip festgelegt und 16 Jahre später mit dem Vertrag von Lissabon das kommunale Selbstverwaltungsrecht auf EU-Ebene verankert. Auf dieser Grundlage lauten die politischen Leitlinien des Kommissionspräsidenten für seine laufende Amtsperiode „in großen Fragen Größe und Ehrgeiz“ und „in kleinen Fragen ... Zurückhaltung und Bescheidenheit“. Das Europabüro setzt sich vor Ort vor allem auch dafür ein, dass die kommunalen Rechte und Interessen in der Brüsseler Politikgestaltung tatsächlich zur Geltung kommen - insbesondere wenn es um Fragen der Daseinsvorsorge geht.

Aktuelle Informationen

Wichtig für die erfolgreiche Europaarbeit der bayerischen Kommunen und ihrer Verbände ist es, frühzeitig und umfassend von künftigen EU-Initiativen zu erfahren. Das Europabüro informiert daher über laufende Gesetzgebungsverfahren, Urteile des Europäischen Gerichtshofs und neue Programmauf-



Das Team des EBBK von links Christine Ressler, Maximilian Klein, Christiane Thömmes und Nancy Petignot.

rufe für europäische Fördermittel. Neben gezielten Antworten auf aktuelle Fragestellungen aus dem kommunalen Alltag verfasst das Europabüro für alle Mitglieder der Trägerverbände den wöchentlichen elektronischen Newsletter *Brüssel Aktuell*, der über die jeweiligen Spitzenverbände bezogen werden kann. Aus erster Hand können sich aber auch Besuchergruppen aus den Kommunen in Brüssel ein eigenes Bild davon machen wie europäische Politik funktioniert und so ein besseres Verständnis für die Funktionsweisen und Abläufe der Europäischen Union entwickeln.

Kompetente Beratung

Das Europabüro berät die bayerischen Kommunen zu EU-Rechts- und Fördermittelthemen. Insbesondere klärt es über verschiedene Fördermöglichkeiten auf und leistet konkrete Hilfe bei der Erstellung von Anträgen sowie der Suche nach Projektpartnern. Zum Beispiel: die Gemeinde plant die Errichtung eines Kulturhauses, eine Ausbildungsfahrt für die freiwillige Feuerwehr, die Umrüstung auf emissionsarme Busse oder eine

Sportwoche. Bei der Suche nach europäischer Förderung für das Projekt steht das Europabüro gerne zur Seite.

Als Wegweiser durch den europäischen Förderdschungel hat das Europabüro für die bayerischen Kommunen und ihre Verbände ein elektronisches EU-Fördermittelhandbuch zu der laufenden Förderperiode 2014 bis 2020 erstellt. Es beinhaltet neben Informationen zu sämtlichen Förderprogrammen nützliche Kontaktdaten und Übersichten zu Aufrufen bzw. Awards. Die Version 2017 steht auf Anfrage zur Verfügung. Neben aktualisierten Verlinkungen und Kontaktdaten finden sich in der neuen Auflage u. a. auch Änderungen zum neuen „EU-Schulprogramm“, das die bisherigen Programme „Schulmilch“ und „Schulfrucht“ vereint. Mitglieder der Bayerischen Kommunalen Spitzenverbände können das EU-Fördermittelhandbuch bei diesen und über das Europabüro beziehen.

Inhaltliche Positionierung

Das Europabüro möchte die Entscheidungsträger in der EU für die Situation der Kommunen sensibilisieren. Ein ent-

scheidender Teil seiner Tätigkeit in Brüssel ist es, auf die europäische Gesetzgebung unter Berücksichtigung kommunaler Interessen und Gegebenheiten einzuwirken. Dazu gehört der regelmäßige Austausch mit Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitgliedern des Europäischen Parlaments zu kommunal relevanten Gesetzes- und Politikvorhaben. Flankiert wird dies durch Positionspapiere, Stellungnahmen und Antworten zu laufenden Konsultationen der EU-Kommission. Um Themen vertieft anzugehen und Interessenvertreter in Brüssel zusammenzubringen, organisiert das Europabüro regelmäßig Fachveranstaltungen in verschiedenen Formaten. Zudem engagiert sich das Europabüro aktiv in vielen Arbeitsgruppen und Ausschüssen europäischer Netzwerke und Verbände. So werden mit Kommunalvertretern aus anderen Mitgliedstaaten Meinungen ausgetauscht und gemeinsam auf die EU-Politik Einfluss genommen.

Im letzten Jahr konnte so beispielsweise die Überarbeitung des europäischen Transparenzregisters erfolgreich im

Das Brüsseler Atomium.

Sinne der Kommunen gelenkt werden. Die EU-Kommission plant, alle Lobbyisten – wozu sie auch die Vertreter von Kommunen und ihrer Verbände zählt – zur Eintragung in ein Register zu verpflichten und nur noch registrierten Vertretern den Zugang zu Kommission und Europäischem Parlament zu ermöglichen. Das Europabüro setzte sich nachhaltig dafür ein, dass die Kommunen und ihre Verbände nicht privaten Lobbyisten, sondern der staatlichen Ebene gleichgestellt werden. Im aktuellen Entwurf der EU-Kommission sowie im maßgeblichen Bericht des EU-Parlaments sind die Kommunen und ihre Verbände nunmehr von der Eintragungspflicht ausgenommen. Ebenso konnten im Rahmen der Überarbeitung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung Erleichterungen bei der Gewährung von Beihilfen erzielt werden. Diese Regulierungen betreffen insbesondere die Finanzierung von multifunktionalen Sport- und Freizeitinfrastruktureinrichtungen, von Kultureinrichtungen und kleinen Flughäfen. Auch die Anregungen für Entlastungen und Klarstellungen in beihilferechtlichen Fragestellungen um öffentliche Tourismuseinrichtungen in Deutschland wurden aufgegriffen. In der Debatte um die zukünftige EU-Förderpolitik berücksichtigen die aktuellen Vorschläge der Kommission und des Parlaments die Forderungen des Europabüros nach einer Vereinfachung der Förderregelungen und der -verfahren. Ähnlich positiv wirkte sich die Interessenvertretung bei

Vortragsraum des EBBK.



der Novellierung der EU-Verordnung zum ÖPNV aus, indem den Kommunen ein weitreichender Spielraum dahingehend bleibt, ob und wie sie den öffentlichen Nahverkehr ausschreiben. Ferner konnte das Europabüro im Rahmen der Städteagenda der EU erreichen, dass Stadt-Umland-Beziehungen sowie die Belange kleinerer Städte eine stärkere Berücksichtigung in der EU-Politik finden.

Nachhaltige Vernetzung

Damit lokale Vertreter und Vertreterinnen den direkten Austausch in Brüssel pflegen können, vermittelt das Europabüro Gesprächskontakte bei der Kommission, dem Europäischen Parlament,

dem Ausschuss der Regionen und bei sonstigen Experten sowie Netzwerkpartnern. Im Rahmen der zahlreichen jährlichen Besuchen von Delegationen im Europabüro stehen auch die Referenten des Europabüros für Vorträge zu kommunalrelevanten EU-Themen gerne zur Verfügung.

Weitere Informationen

über das Europabüro bietet die aktualisierte Webseite unter:

► <http://www.ebbk.de/>

Christiane Thömmes leitet das Europabüro seit Februar 2017: „Unser Slogan lautet ‚Das Europabüro – Ihr Partner in Brüssel‘. Die Kommunen sind mit ihrer Bürgernähe das Fundament Europas. Wir möchten gemeinsam mit den bayerischen Kommunen und ihren Verbänden die europäische Politik mitgestalten. Unser Anliegen ist es, Sprachrohr der bayerischen Kommunen in Brüssel zu sein und ihnen bei Fragen rund um Europa mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.“